

# **Petition gemäss BV Art. 33 und Offener Brief an den National- und Ständerat, den Bundesrat und Herrn Roberto Balzaretto**

## **Überblick**

Zunächst ein Kompliment an Herrn Balzaretto dafür, dass ein grosser Teil der Schweizer Forderungen in den Rahmenvertrag eingeflossen ist. Es ist auch ein einleuchtendes Argument, dass man die Bilateralen Verträge der Zeit anpassen muss. Aber man kann auch gezielt einzelne Punkte in den Bilateralen Verträgen ändern, dann ist man sogar noch flexibler als mit einem Rahmenvertrag.

Um den Rahmenvertrag grundsätzlich abzulehnen, gibt es folgende schwerwiegenden Gründe, auf die ich in der Begründung weiter eingehe:

- Der wirtschaftlich und politisch höchst problematische Zustand der EU, bzw. der Euroländer und die Tatsache, dass EU-Politiker über die Köpfe ihrer Völker hinweg regieren und sie mit kleinlichen und bürokratischen Richtlinien schikanieren.
- Es ist Tatsache, dass innerhalb der EU der Maastrichter Vertrag x-mal gebrochen wurde und die EU, vor allem die Deutsche Regierung, auch das Sicherheitsversprechen des Schengen Vertrages dauernd gegenüber anderen Ländern verletzt hat, siehe Hintergrundinformation 2. Also haben wir auch keine Gewähr dafür, dass der Rahmenvertrag von Seiten der EU eingehalten wird.
- Es ist Tatsache, dass die EU-Politiker uns erpressen wollen, z.B. mit der Verweigerung der unbefristeten Äquivalenzanerkennung des Schweizer Rechts- und Aufsichtsrahmens für Börsen. Wer einmal erfolgreich erpresst, tut es immer wieder.

Auch wenn wir unser Gesetzgebungsverfahren laut Abkommen behalten, ist es sehr fraglich, ob uns das etwas nützt. Die EU-Politiker werden uns immer unter Druck setzen, ihre Richtlinien und Verordnungen zu übernehmen. Sie können auch trotz einem Nein der Schweizer Bevölkerung zu einem Gesetz das Schiedsgericht anrufen. **Das führt die direkte Demokratie ad absurdum.**

Wir Schweizer haben es keineswegs nötig, uns von der EU bedrängen zu lassen. Die EU profitiert so viel von der Schweiz, dass die EU-Politiker sich hüten werden, die Bilateralen Abkommen zu kündigen. Als Rosinenpicker müssen wir uns erst recht nicht beschimpfen lassen.

Die Isolation wäre allenfalls einem Rahmenvertrag vorzuziehen, aber natürlich keinesfalls befriedigend. Deshalb plädiere ich hier für einen **dritten Weg**. Die Aufgabe der Schweiz wäre es, ein **Gegenkonzept zur EU** zu entwickeln und, falls das Volk zustimmt, eine Gegenorganisation mit zu begründen. Es gibt Völker in der EU, die sicher gern die EU verlassen und beitreten würden. Mit den Briten haben wir ja schon einen Freihandelsvertrag, das ist allenfalls eine gute Grundlage.

Hiermit beantrage ich, dass die Schweizer Regierung und das Parlament sich einsetzt für eine Neuordnung Europas und dafür eine neue Organisation für Europa mit zu begründen. Eine Zusammenfassung meines Vorschlages als Diskussionsgrundlage lege ich bei. Eine PDF-Datei des vollständigen Textes schicke ich gern an alle, die sich dafür interessieren.

## **Begründung der Petition**

**Regula Heinzelmann**  
**www.europa-konzept.eu**

### **Knackpunkt im Rahmenabkommen**

Das Abkommen wäre grossenteils ausgewogen. Es gibt aber einen grundsätzlichen Knackpunkt.

Artikel 5: Zur Gewährleistung der Rechtssicherheit und der Homogenität der Abkommen sorgen die Europäische Union und die Schweiz dafür, dass die Rechtsakte der Europäischen Union, die in den Bereichen der betroffenen Abkommen erlassen werden, nach deren Verabschiedung so rasch wie möglich in das entsprechende Abkommen integriert werden, und bestätigen – wenn das betroffene Abkommen dies vorsieht – die Gleichwertigkeit ihrer Gesetzgebungen, um das angestrebte Ergebnis der Rechtsakte der Europäischen Union, auf die Bezug genommen wird, sicherzustellen.

Wird ein EU Rechtsakt in einem Bereich, der unter eines der betroffenen Abkommen fällt, verabschiedet, fasst der sektorielle Ausschuss gemäss dem im betroffenen Abkommen vorgesehenen Verfahren einen Beschluss oder schlägt falls notwendig eine Revision des betroffenen Abkommens vor, um den Rechtsakt der Europäischen Union darin zu integrieren. Unter Vorbehalt von Artikel 14 treten Beschlüsse sofort und Revisionen am Tag ihrer Unterzeichnung durch die Vertragsparteien in Kraft, jedoch keinesfalls vor dem Zeitpunkt der Umsetzung des entsprechenden Rechtsakts in der Europäischen Union oder vor dem Zeitpunkt seiner allfälligen Veröffentlichung.

Nach Art. 14 kann die Schweiz ihr Gesetzgebungsverfahren auf die neuen Vorschriften anwenden und sogar eine Volksabstimmung durchführen.

Aber was passiert, wenn das Volk ein von der EU gewünschtes Gesetz ablehnt?

Das ist nicht direkt geregelt, aber die EU kann das Schiedsgericht anrufen und dieses kann allenfalls Ausgleichsmassnahmen anordnen.

Das führt die direkte Demokratie ad absurdum!

### **Finanzielle Situation der EU**

Die Euroländer haben Schulden von durchschnittlich 85 bis 90 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP), die Schweiz 35 Prozent des BIP.

<https://www.haushaltssteuerung.de/staatsverschuldung-europa-ranking.html#staatsschulden-bip>

Die Deutschen haben im Moment etwa 2 Billionen Schulden und gut 900 Milliarden Target 2 Guthaben, von denen sie sicher grosse Teile abschreiben müssen. Das bedeutet: Die Deutschen Steuerzahler finanzieren den Export in die EU, mit dem die Deutsche Regierung protzt.

<https://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/target-2-saldo-die-billionen-forderung-der-bundesbank-und-was-sie-bedeutet/22774218.html?ticket=ST-60629-eCVQBJfCQNIExc6e4fgB-ap4>

Um den Euro zu „retten“, veranstaltet man seit Jahren nicht nur viel Palaver, sondern verstösst systematisch gegen den Maastrichter Vertrag, nämlich gegen die Nichtbeistands-Klausel (Artikel 125 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union): Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.

Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.

**Wollen wir einen Rahmenvertrag mit einem Partner, der nicht mal seine internen Verträge einhält?**

**Der Euro ist ein Danaidenfass und die EU-Politiker wollen unser Geld.**

### **Die hoch verschuldete EU profitiert von der Schweiz!**

Bei Statistiken muss man immer berücksichtigen, dass die EU 511 Millionen Einwohner hat, die Schweiz aber nur 8 Millionen, wovon übrigens auch viele EU-Bürger sind. So gesehen kommt die Schweiz bei Vergleichen sehr gut weg.

Die Schweiz ist für die EU wichtig, z.B. haben Schweizer Unternehmen bis 2016 634.31 Milliarden Euro in der EU investiert und mehr als eine Million Arbeitsplätze geschaffen. Zum Vergleich: Deutschland mit zehnmal mehr Einwohnern hat in anderen EU-Ländern 4,8 Millionen Arbeitsplätze, also hochgerechnet auf die zehnmal höhere Bevölkerung höchstens die Hälfte.

Von der EU waren zur gleichen Zeit 756.62 Milliarden Euro in der Schweiz angelegt – hochgerechnet auf die Bevölkerungszahl also ziemlich wenig - wobei die EU-Firmen mit dem investierten Geld in der Schweiz bestimmt gute Geschäfte machen.

2017 exportierte die EU für rund 150 Milliarden Euro Waren in die Schweiz, während die Schweiz Waren im Wert von gut 110 Milliarden Euro in die EU lieferte. Die Schweiz war im Jahr 2017 das dritt wichtigste Exportland für die EU hinter den USA und China.

Die Dienstleistungsexporte der EU in die Schweiz betragen 2017 gut 123 Milliarden Euro. Dies entsprach einem Anteil von 13.98% an den Gesamtdienstleistungsexporten der EU. Die Schweiz war im Jahr 2017 hinter den USA somit die zweit wichtigste Destination für Dienstleistungsexporte der EU. Die grosse EU bezog nur für rund 70 Milliarden Euro Dienstleistungen aus der Schweiz.

Dies entspricht einem Anteil von gut 10 Prozent an den Gesamtdienstleistungsimporten der EU. Die Schweiz war im Jahr 2017 hinter den USA somit der zweitwichtigste Zulieferer von Dienstleistungen der EU.

Weitere Informationen findet man unter:

<https://www.eda.admin.ch/dea/de/home/dienstleistungen-publikationen/schweiz-eu-in-zahlen.html>

Die Handelszeitung hat am 11. Juni 2018 publiziert, dass Schweizer Unternehmen in der EU mehr denn je investieren. Auf 700 Milliarden Investitionen werden die EU-Länder nicht verzichten wollen. Aber wenn es sein müsste, könnten wir diese auch woanders anlegen. Es gibt Völker, bzw. Staaten genug, die es dankbar annehmen würden.

[https://www.handelszeitung.ch/invest/schweiz-investiert-europa-mehr-als-je-zuvor?xing\\_share=news](https://www.handelszeitung.ch/invest/schweiz-investiert-europa-mehr-als-je-zuvor?xing_share=news)

Man sieht also, die Euro-Länder mit ihren vielen Schulden können es sich kaum leisten, mit uns einen dauerhaften Streit zu bekommen.

Die Schweiz hat der Welt wirtschaftlich einiges zu bieten. Immerhin sind wir seit Jahren das innovativste Land der Welt. In der virtuell vernetzten Welt spielt die Grösse eines Landes nur noch eine untergeordnete Rolle. Im Gegenteil, dass wir klein sind kann ein Vorteil sein.

Also, mehr Selbstbewusstsein bitte!

<https://www.globalinnovationindex.org/analysis-indicator>

Wenn die EU-Politiker uns tatsächlich die Äquivalenzanerkennung des Schweizer Rechts- und Aufsichtsrahmens für Börsen verweigern, beantrage ich, dass den EU-Händlern die entsprechende Anerkennung in der Schweiz ebenfalls verweigert wird.

Wenn das allein die EU-Politiker nicht von ihren Erpressungsversuchen abbringt, könnte man auch die Gebühren für den Warentransport – sowohl mit Lastwagen oder mit der Bahn - durch die Schweiz massiv erhöhen, bzw. neue einführen.

## **Politische Situation der EU**

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sorgte in den sechziger und siebziger Jahren für Frieden und Wohlstand, was für die ehemaligen Kriegsgegner – besonders Frankreich und Deutschland - eine Riesenleistung war. Leider hat sich die EWG schon in den achtziger Jahren zu einer Bürokratiekrake entwickelt. Damit meine ich nicht die Anzahl der Beamten, sondern die oft kleinlichen und bevormundenden Vorschriften der EU-Verordnungen und Richtlinien. Diese machen vor allem dem Mittelstand Schwierigkeiten. Ein bekanntes Beispiel unter vielen ist die Verordnung (EU) 2017/2158 zur Festlegung von Minimierungsmaßnahmen und Richtwerten für die Senkung des Acrylamidgehalts in Lebensmitteln (Pommes frites-Verordnung). Geht's eigentlich noch?

**Noch schlimmer ist, dass die EU von Politikern dominiert wird, die ihre Macht um jeden Preis erhalten wollen** und über die Köpfe ihrer Völker hinweg regieren. Die Information, dass Macron gewalttätig gegen die Gelbwesten vorgeht, ist sicher schon in die Schweiz durchgedrungen.

Kaum bekannt ist, dass auch die Merkel-Regierung auf dem Weg ist, ihre Politik nach links oder auch grün auszurichten. Ich habe seit Jahrzehnten beste Kontakte in Deutschland und wohne zeitweise in Berlin, deswegen bin ich darüber informiert. Vertreter der bürgerlichen Opposition werden nicht nur politisch, z.B. in den Parlamenten, schikaniert, sondern ihren Vertretern werden Häuser und Autos beschädigt. Sie werden sogar körperlich angegriffen, siehe die beigelegte Hintergrundinformation 1 dazu, diese beschreibt aber nur die Spitze des Eisberges.

Als die bilateralen Verträge abgeschlossen wurden, waren die Verhältnisse noch anders, aber heute vertrete ich die Meinung:

**Ein freies Volk verbündet sich nicht mit Politikern, die ihre Opposition verprügeln lassen!**

**Im Gegenteil, alle Europäer haben das Recht, sich gegen solche Zustände mitten in Europa zu wehren.**

Kennen Sie übrigens das orwellistische „Toleranzpapier“, das noch in der EU herumgeistert.

Es wurde zwar (noch) nicht umgesetzt, aber es zeigt die Mentalität, die in der EU herrscht.

Eine Deutsche Übersetzung können Sie hier herunterladen.

<http://www.europa-konzept.eu/geben-sie-gedankenfreiheit-schiller/von-der-demokratie-zur-tyrannei/>

Der Lissabonner Vertrag ist ein unübersichtliches Konstrukt, das aus diversen Bestandteilen besteht. In der rechtswirksamen Erläuterung zur Charta der Grundrechte, Recht auf Leben, heißt es: „Das Recht jedes Menschen auf Leben wird gesetzlich geschützt, aber die in der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK enthaltenen „Negativdefinitionen“ seien zu beachten.“ Hier der entsprechende Auszug, der einen normalen Bürger sprachlos macht:

**Artikel 2 Absatz 2 EMRK:**

**„Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um ... c) einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen.“**

Es ist zwar nicht wahrscheinlich, dass wir wegen des Rahmenvertrages solches „Recht“ übernehmen müssen, aber reicht es nicht schon, dass es das gibt?

<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:303:0017:0035:DE:PDF>

Solchen diktatorischen Tendenzen zieht man sogar besser die Isolation vor. Pflanzen wir eben wieder Kartoffeln an im Garten, wenn es sein muss gentechnisch veränderte. Immerhin haben wir so zwei Weltkriege gut überstanden.

**Wie heisst es so schön im Wilhelm Tell (Rütlichschwur): „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod als in der Knechtschaft leben.“**

Oder auch: „Der Starke ist am mächtigsten allein.“

Ein passendes Zitat ist auch:

**Gessler: „Dies kleine Volk ist uns ein Stein im Weg - So oder so – es muss sich unterwerfen.“**

**Wollen wir das wirklich?**

Übrigens frage ich mich, wann Schiller wieder zensuriert wird. „Geben Sie Gedankenfreiheit“ (Don Carlos), das gefällt der Deutschen Regierung gar nicht.

## **Ein neues Konzept für Europa**

**Hiermit beantrage ich, dass die Schweizer Regierung und das Parlament sich einsetzt für eine Neuordnung Europas und dafür, eine neue Organisation für Europa zu begründen.**

Einige Völker Europas ziehen ihre Konsequenzen aus dem maroden Zustand der EU bereits. Sie wählen EU-kritische Parteien und es ist nicht ausgeschlossen, dass diese im neuen EU-Parlament (Mai 2019) eine Mehrheit bekommen und die EU auflösen könnten. Das wäre zwar paradox, aber effizient. Die EU ist so verfilzt, dass es äusserst schwierig wäre, sie neu zu organisieren! (Schätzungsweise 25.000 Lobbyisten mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro nehmen in Brüssel Einfluss auf die EU-Institutionen - lobbycontrol.de). Reformversuche würden unnötig Zeit und Geld kosten, das ist etwa so, wie wenn man die Berliner Flughafenruine BER zum xten Mal umbauen würde.

Löst man die EU auf oder fällt sie ungeordnet auseinander, könnte aber eine gefährliche Machtlücke entstehen, die zu problematischen Konstellationen führen könnte. Wir haben Anfang der 90 Jahre ein Beispiel erlebt, der Maastrichter Vertrag wurde rasch konstruiert und der fatale Euro eingeführt.

Deswegen brauchen wir ein neues Konzept für Zusammenarbeit in Europa und zwar rechtzeitig. Dieses muss die Rechte der Völker, nicht zuletzt die Möglichkeit zu Volksentscheiden, und eine möglichst weitgehende Souveränität garantieren.

Ausser den Briten würden sicher andere Völker auch gern die EU verlassen und sich einem neuen Bündnis anschliessen, wenn man ihnen eine Alternative anbietet. Das könnte zugestanden dazu führen, dass es zeitweise in Europa zwei Organisationen gibt, die sich miteinander auseinandersetzen müssen. Aber das ist ehrlicher und weniger schlimm als nur eine Organisation, bei der Probleme dauernd unter den Tisch gewischt und/oder faule Kompromisse gemacht werden.

Mein Europäisches Konzept stelle ich gern als Diskussionsgrundlage zur Verfügung. Eine Kurzfassung liegt bei, auf Wunsch schicke ich gern eine PDF-Datei von dem vollständigen Manuskript. Bitte anfragen unter: europa-konzept@bluewin.ch

Mein Gegenkonzept zur EU ist in den 80er Jahren entstanden. Ich hatte mir damals Europa als Bundesstaat gewünscht, was man für eine Utopie hielt. „Die Mauer steht noch hundert Jahre“, hiess es. Das Manuskript habe ich einigen qualifizierten Persönlichkeiten gegeben und mit ihnen darüber diskutiert. Und natürlich war mir schon damals klar, dass es Jahrzehnte dauern würde, ein solches Konzept oder Teile davon umzusetzen.

Dass ein Bundesstaat in Europa nicht funktionieren würde, habe ich erkannt, als ich nach der Wende ab 1990 auch Osteuropa bereiste, dafür sind die Völker Europas viel zu unterschiedlich. Deswegen habe ich 2016 mein Konzept von Bundesstaat zum Staatenbund umgeschrieben, d.h. aus dem Verfassungsvorschlag von damals wurde der Entwurf eines Staatsvertrages. Dafür musste ich nicht mal viel ändern. Vorbild für die erste Version war schon die EWG.

# Hintergrundinformation 1

Regula Heinzelmann  
[www.europa-konzept.eu](http://www.europa-konzept.eu)

## Gewalt gegen die Bürgerliche Opposition in Deutschland

Seit Jahrzehnten habe ich beste Kontakte in Deutschland. Zu meinen Freunden, die auch mein Europäisches Konzept unterstützt haben, gehörten einige aktive Hitlergegner der Kriegsgeneration, die inzwischen leider gestorben sind. Ihnen bin ich es schuldig, nicht tatenlos zuzusehen, wie in Deutschland eine neue Diktatur entsteht und sich die Schweiz mit dieser **wenn auch indirekt noch intensiver verbündet**.

Die folgenden Links findet man auch auf meiner Webseite in den Texten unter:  
<http://www.europa-konzept.eu/geben-sie-gedankenfreiheit-schiller/>

Frau Merkel und ihre Regierung sind führend in der EU. Wie schon erwähnt, weil sie zu den wenigen Regierungen gehören, die der EU relativ unkritisch gegenüberstehen und sie dadurch verkörpern. Aber die neue CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer, genannt AKK, hat Differenzen mit Macron. Es ist noch nicht sicher, ob das ehrlich gemeint oder nur Wahlpropaganda ist, das wird man sehen. Wenn aber das zweite der Fall ist und Frau AKK Kanzlerin würde, gäbe es weitere Differenzen. Und wie lange Macron noch regiert, ist eine andere Frage.

Wer in Deutschland zur Bürgerlichen Opposition zählt, muss mit handfesten Schikanen rechnen, wie berufliche Nachteile bis hin zum Stellenverlust, Sachbeschädigung und Prügel bis hin zur Körperverletzung. Vor solchen bleibt nicht mal die Polizei verschont. Dieser Bericht zeigt nur das Spitzchen vom Eisberg. Die genannten Links und weitere Informationen findet man auf meiner Webseite.  
<http://www.europa-konzept.eu/geben-sie-gedankenfreiheit-schiller/>

Häufig treffen diese Schikanen Politiker der Alternative für Deutschland (AfD) oder überparteiliche Gruppen der bürgerlichen Opposition. Die AfD verlangt als eine ihrer wichtigsten Forderungen Volksentscheide nach Schweizer Vorbild, meiner Ansicht nach einer der Hauptgründe, warum sie verleumdet und angegriffen wird. Volksentscheide sind bei vielen Politikern in EU-Ländern gar nicht beliebt, sie reduzieren ihre Macht. Leider werden auch in der Schweiz immer wieder Vorurteile gegen die AfD verbreitet. Angehörige rechtsradikaler Organisationen werden übrigens nicht aufgenommen. Das Programm kann man auf der Webseite nachlesen.  
[www.afd.de](http://www.afd.de)

Sogar vor möglicher Tötung von Menschen schrecken die Linksfaschisten nicht zurück. Der Anschlag auf den Abgeordneten Stefan Räpple war kein versuchter "Totschlag", wie man behauptete. Der Tatbestand „Totschlag“ gilt als Affekthandlung. Es war eine vorsätzliche Tat, bei der man billigend in Kauf nahm, dass der Angegriffene nachher tot sein könnte. Das ist juristisch ein Eventualvorsatz gilt. Stefan Räpple hat den Anschlag überstanden. Ähnliche Delikte wurden auch gegenüber anderen Politikern begangen.



<http://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/1369/Feiger+linksterroristischer+Anschlag+auf+AfD-Landtagsabgeordneten+Stefan+Räpple>

Am 14. März 2019 haben Unbekannte am Berliner Ostbahnhof einen Reisebus mit AfD-Mitgliedern mit Steinen, Farbbeuteln und Feuerwerkskörpern beworfen, wie ein Polizeisprecher der Nachrichtenagentur AFP sagte. Zum Glück wurde niemand verletzt. Ein politisches Motiv sei nicht auszuschließen, weswegen der Staatsschutz die Ermittlungen übernommen habe. Es ist nicht das erste Mal, dass ein Bus der Bürgerlichen Opposition angegriffen wurde, dieses Delikt wird auch begangen, wenn eine Gesellschaft zu einer Demonstration fahren will.

[https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/unbekannte-greifen-in-berlin-afd-reisebus-an-16088925.html?utm\\_content=buffer9cebe&utm\\_medium=social&utm\\_source=twitter.com&utm\\_campaign=GEPC%253Ds30](https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/unbekannte-greifen-in-berlin-afd-reisebus-an-16088925.html?utm_content=buffer9cebe&utm_medium=social&utm_source=twitter.com&utm_campaign=GEPC%253Ds30)

Ein neuer Fall ist auch der Angriff auf das Haus der AfD-Politikerin Carola Wolle, hier zitiere ich eine Meldung des Landtagsabgeordneten von Baden-Württemberg, Lars Berg: „Die Attacke verursachte einen Sachschaden von deutlich über 10.000 Euro“, so Wolle nach einer ersten Bestandsaufnahme durch die Polizei. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. Aus Sicherheitskreisen war zu erfahren, dass der Anschlag eine neue „Qualität in seiner Heftigkeit“ darstelle, da die Täter versuchten in die Wohnung Wolles einzudringen. Lediglich Sicherheitsvorkehrungen konnten Schlimmeres verhindern. Für Carola Wolle ist mit Blick auf ein Bekennerschreiben einer linksextremen Internetseite klar: „Der linke Terror handelt aus einer zutiefst demokratie- und menschenverachtenden Haltung. Ich lasse mich aber nicht einschüchtern und stehe weiterhin zu meinem politischen Engagement!“

Eine besondere Schikane war die Aktion des sogenannten "Zentrums für politische Schönheit" (ZPS) gegen Bürger, die in Chemnitz ihr verfassungsmässiges Recht auf Demonstrationsfreiheit in Anspruch genommen haben. Diese ZPS präsentiert eine Aktion gegen diese Bürger: Man soll sie erkennen und bei ihren Arbeitgebern denunzieren. In Deutschland kann das absolut eine Entlassung zur Folge haben, das ist zwar illegal, aber es kommt vor. Dieses ZPS hat übrigens auch die äusserst fragwürdige Aktion gegen Roger Köppel „die Schweiz entköpeln“ durchgeführt.

Die Deutsche "Antifa" – auch Linksfaschisten genannt - haben sich auch 80 Jahre nach der Progromnacht von 1938, also am 9. November 2018, so benommen wie die Nationalsozialisten vor 80 Jahren und zeigen damit zum wiederholten Mal, dass in Deutschland die bürgerliche Opposition eingeschüchtert und geschädigt werden soll. <https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/bekennerschreiben-von-linksextremisten-farb-anschlag-auf-gasthof-vor-afd-partei-58333232.bild.html>

Linksextreme Organisationen, die zur Gewalt neigen, werden von Steuergeldern finanziert. Darüber berichten inzwischen sogar linke Zeitungen wie die taz. <http://www.taz.de/!5020381/>  
<https://www.heise.de/forum/Telepolis/Kommentare/Antifa-Wie-gegen-eine-AfD-vorgehen-die-sich-in-Parlament-und-Gesellschaft-etabliert/Antifa-wird-vom-Staat-finanziert/posting-31474254/show/>

Ein Dokument darüber, wie linksextreme Organisationen von Steuergeldern finanziert werden findet man unter folgendem Link.

<http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55730/zuschüsse-aus-dem-landesprogramm-für-demokratie-toleranz-und-weltoffenheit-für-fahrten-zu-gegendemonstrationen-bei-rechtsextremistischen-aufmärschen.pdf>

Absurd ist, dass die Deutschen Steuerzahler dann die riesigen Polizeiaufgebote bezahlen müssen, die notwendig sind, um die Demonstranten vor linken Schlägern zu schützen. Am 9. Juni 2018 beteiligte ich mich am überparteilichen Frauenmarsch in Berlin. Vor fünfzig Jahren habe ich mich eingesetzt für das Frauenstimmrecht, in Berlin demonstrierte ich nun für elementare Frauenrechte in islamistischen Gesellschaften – oder Parallelgesellschaften in Europa. Welch ein Rückschritt! Aber um einige hundert Demonstranten vor 200 potentiellen Schlägern zu schützen, brauchte man 1400 Polizisten. Auf dem Weg wurden wir übel beschimpft, auch von „Feministinnen“. Einige der Demonstranten wurden auf dem Heimweg tödlich angegriffen. Als mein Freund und ich nach der Demonstration essen gehen wollten, wurden wir aus einem der Lokale verwiesen.

### **Ein „Verfassungsschutz“, der auf die Verfassung pfeift**

In Kafkas Roman „Der Prozess“ wird Josef K. angeklagt, ohne dass er den Grund dafür erfährt. Auch der Deutsche Verfassungsschutz verhält sich so, er erstellte ein geheimes Gutachten über die AfD und verweigert der Parteiführung den Einblick. Stattdessen erhielten es viele Redaktionen, die zum Vornherein gegen die AfD sind und nach Belieben Auszüge veröffentlicht haben.

Inzwischen wurde das Gutachten publiziert, aber nicht etwa vom Verfassungsschutz selber oder von der AfD, die das nächste Recht darauf hätte. Im Gegenteil, der AfD wurde die Einsicht in das Gutachten weiterhin hartnäckig verweigert.

Das Gutachten und einen Kommentar dazu findet man hier.

<http://www.europa-konzept.eu/geben-sie-gedankenfreiheit-schiller/der-deutsche-verfassungsschutz-und-die-afd/>

Inzwischen gibt es ein Gerichtsurteil, nach dem der Verfassungsschutz die AfD nicht mehr als Prüffall bezeichnen darf, das hat dieser akzeptiert.

<https://www.stern.de/panorama/-prueffall-afd---verfassungsschutz-akzeptiert-koelner-urteil-8612640.html>

Der Verfassungsschutz verletzt aber nun auch noch das Grundgesetz gegenüber seinen Angestellten. Beamte wurden aufgefordert, private Kontakte zu AfD-Mitgliedern zu offenbaren. Das meldete die Zeitschrift Focus am 24. Januar 2019. Begründet wurde dies mit angeblichen Interessenkonflikten, die sich daraus ergeben könnten. Bei "Interessenskonflikten" komme eine Versetzung in einen anderen Bereich in Betracht, heißt es.

[https://www.focus.de/politik/deutschland/schreiben-sorgt-intern-fuer-heftige-kritik-verfassungsschutz-fordert-alle-mitarbeiter-auf-kontakte-zur-afd-offenzulegen\\_id\\_10422992.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/schreiben-sorgt-intern-fuer-heftige-kritik-verfassungsschutz-fordert-alle-mitarbeiter-auf-kontakte-zur-afd-offenzulegen_id_10422992.html)

## Hintergrundinformation 2

Regula Heinzelmann  
www.europa-konzept.eu

### Die Verletzung des Schengen Abkommens

Nebenbei hat vor allem die Deutsche Regierung auch das Schengen Abkommen gegenüber der Schweiz und anderen Ländern verletzt mit ihrer unverantwortlichen Einwanderungspolitik. Zitat Auswärtiges Amt Deutschland: "Die Zugehörigkeit zum Schengen-Raum hat für die Mitgliedsländer der Europäischen Union viele Vorteile. Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Union geht nicht nur ein Mehr an Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch an **Sicherheit** einher."

Am 19.06.1990 wurde zur Umsetzung des Schengen Abkommens das Übereinkommen zur Durchführung des Schengen Abkommens (Schengen Durchführungsübereinkommen – SDÜ) unterzeichnet. Regelungsgegenstand des Abkommens sind Ausgleichsmaßnahmen, die infolge der Abschaffung der Binnengrenzkontrollen einen einheitlichen Raum der Sicherheit und des Rechts gewährleisten sollen.

<https://www.rhf.admin.ch/rhf/de/home/strafrecht/rechtsgrundlagen/multilateral/sdue.html>

Und nun kommt ein Hammer: Während hunderttausende illegale Einwanderer ohne Papiere über die Grenze kommen, gilt für Deutsche Staatsbürger folgendes: „Die Pflicht für deutsche Staatsangehörige, bei der Ausreise aus Deutschland oder der Einreise nach Deutschland einen gültigen Pass oder Passersatzpapier (z.B. (vorläufiger) Personalausweis, Reiseausweis als Passersatz) mitzuführen besteht jedoch weiterhin und kann bei Missachtung mit einem Ordnungsgeld von bis zu 5 '000 Euro geahndet werden.“

[https://www.auswaertiges-amt.de/de/einreise-aufenthalt-deutschland/schengen/207786#content\\_0](https://www.auswaertiges-amt.de/de/einreise-aufenthalt-deutschland/schengen/207786#content_0)

Die Kontrolle der Aussengrenzen kann die Deutsche Regierung bequem anderen Regierungen überlassen – und sie dann noch dafür kritisieren, dass sie ihre Grenzen schliessen, z.B. Ungarn. Selber hat die Deutsche Regierung nicht das Mindeste dazu beigetragen, dass keine als „Flüchtlinge“ getarnten Verbrecher über die Schengen Grenze kommen, sondern sie im Gegenteil noch eingeladen. Auch wenn man damit die wirklich hilfsbedürftigen Flüchtlinge gemeint haben mag – man hätte sich denken müssen, dass viele diesen Aufruf missbrauchen. Die Handlungen der Regierung Merkel waren also zumindest fahrlässig. Man hat in Kauf genommen, dass Terroristen und Verbrecher ins Land kommen und sich in Europa frei bewegen können. In der Justiz nennt man das Eventualvorsatz.